Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 250 | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle". | Halver, Donnerstag, den 23 Oktober | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig. — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. | 1924

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Einnahmen des Reichs aus Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Zöllen verzeichnen ein erhebliches Mehr gegen die Voranschläge.

* Die Neuwahlen für den aufgelösten Reichstag werden durch eine Verordnung des Reichspräsidenten auf den 7. Dezember festgesetzt.

* Auch der Preußische Landtag wird aufgelöst. Er stellt noch den Etat durch ein Notgesetz fest. Die Neuwahl findet am gleichen Tage mit den Reichstagswahlen statt.

* Die Häfen in Karlsruhe und Mannheim sind von den Franzosen geräumt worden.

Durch eine amtliche Bekanntmachung in Paris wird angekündigt, daß am 28. Oktober alle beschlagnahmten sog. produktiven Ruhrpfänder, Zechen, Fabriken usw., zurückgegeben werden.

Die Wahlfronten.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns zur Reichstagsauflösung aus Berlin geschrieben:

Also doch! Im Ernst glaubte es kaum ein Abgeordneter, kaum ein Journalist, kaum einer von den Neunmalklugen, die sich am Montag im Reichstage aufhielten, daß aufgelöst würde. Vier Wochen dauerte die Krise, und man hatte sich schon allmählich an diesen Zustand gewöhnt; es regte niemand mehr auf, wenn die widersprechendsten Fraktionsbeschlüsse laut wurden. Irgendwie, so war man überzeugt, würde die Sache, also die Neubildung des Kabinetts, schon geschoben werden. Man muß wirklich diesen üblen Ausdruck wählen, um das Hin und Her richtig zu bezeichnen.

Das Hin und Her — denn einmal wurde behauptet, das Kabinett sei einstimmig, also auch die beiden demokratischen Minister, für die Erweiterung der Koalition nach rechts. Im nächsten Augenblick das Gegenteil: auch Reichskanzler Marx sei dafür, der bei der Abstimmung seiner Fraktion dagegen gewesen war. Dagegen behauptet z. B. die Deutsche Tageszeitung: Marx sei stets innerlich Gegner der Erweiterung durch die Deutschnationalen gewesen. Die Zentrumspartei ist jedenfalls gespalten in ihrer Auffassung. Ein Teil wollte die Rechtskoalition auch ohne die Demokraten mitmachen. Aber der andere Flügel dieser Partei, der gegen die Erweiterung des Kabinetts nach rechts ist, hat eine viel stärkere Stellung. Eine Regierungskoalition von den Deutschnationalen bis zum Zentrum hätte parlamentarisch nur die Mehrheit von neun Stimmen gehabt, wenn alle Mitglieder der Fraktionen anwesend sind. Und dreizehn Mitglieder des Zentrums hatten sich in einer nicht voll besuchten Sitzung kürzlich gegen die Rechtskoalition ausgesprochen. Diese schon hätten also jederzeit das zu erwartende Ministerium stürzen können.

Bei dieser Sachlage hat auch der Reichspräsident es abgelehnt, einem auf so schwachen Füßen stehenden Rechtskabinett die Berufung zu geben, deren es bedurft hätte.

Den letzten Hieb taten die Demokraten dadurch, daß sie endgültig erklärten, sie wären unbedingt gegen die Zuziehung der Deutschnationalen aus innen- und außenpolitischen Gründen. Es sei auch nicht daran zu denken, daß die beiden demokratischen Minister etwa als Fachminister ohne Fraktionszwang in einem nach rechts erweiterten Kabinett bleiben dürften. Dieser Beschluß war zu erwarten, nachdem sich bei der Abstimmung des Zentrums für die Erweiterung herausgestellt hatte, daß, wie dargelegt, schon die ablehnende Minderheit tatsächlich entscheidend wirken konnte. Damit war der Versuch, die Deutschnationale Volkspartei mit in die Regierung zu bringen, was die Deutsche Volkspartei unbedingt herbeiführen wollte, bis auf weiteres, nämlich bis nach dem Wahltermin, gescheitert.

Es läßt sich heute nicht übersehen, was bei der Wahl herauskommen wird. Ob in Preußen, wo gleichzeitig mit den Reichstagswahlen die Landtagswahlen stattfinden sollen, eine Verschiebung nach rechts eintreten wird? Entsprechend der politischen Entwicklung seit den letzten Preußenwahlen im Jahre 1921? Aber auch das ist nicht einmal sicher. Jede Voraussage über das Wahlresultat ist ein sehr gewagtes Unternehmen, weil ein Faktor in dieser Rechnung in seiner Größe und seinen Folgen ganz unbestimmbar ist: die Wahlmüdigkeit. Wenn man überhaupt etwas voraussagen will, so ist es das, daß diesmal — in Oberschlesien haben wir das Beispiel — viele, viele Hunderttausend oder Millionen zu Hause bleiben werden. Überhaupt die Oberschlesier! Nun haben sie vor einem Monat gewählt, und es hatte gar keinen Zweck. Ob der Wahlkampf sehr aufregend wird, ist fraglich, denn die Parteien haben teils wenig, teils gar kein Geld. Und die Abgeordneten keine Freifahrt mehr auf der Eisenbahn, wie das noch bei den letzten Wahlen der Fall gewesen war. Und keine Diäten. Dutzende von Reichstagsabgeordneten werden zunächst einmal Erwerbslosenunterstützung beantragen müssen, namentlich die Angehörigen jener Parteien, die kein Geld haben. Es ist bekannt, daß eine ganze Reihe von Abgeordneten nur von ihren Diäten lebten.

Und die Fronten? Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, die sich bei den letzten Wahlen bekämpft haben, werden voraussichtlich jetzt Schulter an Schulter in den Wahlkampf gehen und nach zwei Richtungen kämpfen: gegen Zentrum und Demokratie auf der einen und gegen die Sozialdemokratie auf der andern Seite. Also äußerlich genommen sieht es aus wie im Wahlkampf 1920. Die bis nach den Wahlen im Amt bleibende Regierung aber setzt sich aus den im Gegensatz zueinander stehenden Parteien der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten zusammen. Das ist das merkwürdigste in diesem Wahlkampf.

Reichstagsneuwahl 7. Dezember

Der Entschluß zur Auflösung.

Berlin, 21. Oktober.

Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom heutigen Tage die Hauptwahlen zum Reichstag auf den 7. Dezember anberaumt.

Dem Auflösungsdekret des Reichspräsidenten ging eine amtliche Bekanntmachung folgenden Inhalts voraus: „Die Bemühungen des Reichskanzlers, die jetzige Reichsregierung zu erweitern, um ihr eine sichere Mehrheit im Reichstag zur Fortführung der bisherigen Politik zu verschaffen, sind endgültig gescheitert. Daraufhin hat der Reichskanzler, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinett beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags beantragt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, eine solche Mehrheit zu schaffen. Der Reichspräsident hat dem Antrag des Reichskanzlers entsprochen. — Die Auflösungsverordnung lautete:

Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident, gez. Ebert. — Der Reichskanzler, gez. Marx.

Der letzte Entschluß zur Auflösung wurde gefaßt, als der Reichskanzler von den Demokraten die Antwort auf seine Anfrage empfing, daß sie weder als Fraktion, noch durch einzelne ihrer Mitglieder als Minister in einem Kabinett mit den Deutschnationalen zusammenzuarbeiten gewillt seien.

*

Auch Preuß. Landtag wird aufgelöst.

Berlin, 21. Oktober.

Der Ältestenrat des Preußischen Landtags trat zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der durch die Reichstagsauflösung gegebenen Lage zu beschäftigen. Der Landtag soll aufgelöst werden, doch noch bis einen Tag vor dem Wahltermin als fortbestehend gelten. Der Wahltag soll der gleiche sein, wie der Tag der Reichstagswahl. Man will im Landtag noch den Haushalt verabschieden, voraussichtlich durch ein Notgesetz. Es muß auch die Entscheidung darüber fallen, ob an dem Wahltag zugleich auch die Wahl zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen vorgenommen werden soll. Voraussichtlich wird das nicht möglich sein. Voraussichtlich werden nur noch einige Sitzungen abgehalten werden, in dene der Rest des Etats erledigt werden soll.

*

Marx über die Auflösung.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des W. T.-B. sprach sich der Reichskanzler über seine Bemühungen, eine Erweiterung der Reichsregierung zwecks Herstellung einer sicheren Mehrheit im Reichstag zu schaffen, aus. Er sagte u. a.:

Nach den bekannten Vereinbarungen, die am Tage der Abstimmung über die Dawes-Gesetze zwischen Vertretern von Regierungsparteien und der Deutschnationalen Reichstagsfraktion getroffen worden waren, war, besonders nach Abhaltung des deutschnationalen Vertretertages, die Frage der Regierungserweiterung dringend geworden. Wenn ich mich auch nicht auf den Standpunkt stellen konnte, daß schon jetzt für eine Regierungsumbildung zwingende sachliche Notwendigkeiten vorlagen, so konnte ich doch nicht verkennen, daß eine Verbreiterung der Regierungsbasis im Hinblick auf die erwähnten Vereinbarungen angestrebt werden mußte. Innen- und außenpolitische Erwägungen ließen es mir bedenklich erscheinen, die Verbreiterung der Regierungsgrundlage ausschließlich nach rechts hin zu versuchen, und ich glaubte, die Erweiterung der Reichsregierung am besten und innen- und außenpolitisch am erträglichsten durch die Einbeziehung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen in die Regierungskoalition bewerkstelligen zu sollen.

Der Kanzler gibt dann einen Überblick über die Ereignisse. Von deutschnationaler Seite seien Forderungen erhoben worden, die von der Sozialdemokratie als nicht vereinbar mit dem Gedanken der erstrebten Volksgemeinschaft erachtet worden seien. Er selbst habe die Erweiterung nach rechts nach wie vor als bedenklich erachtet, trotzdem habe er den Versuch unternommen, die Deutschnationalen in die Regierung einzubeziehen, allerdings unter der Bedingung, daß die Demokraten mitmachten. Diese hätten aber abgelehnt. Bei dieser Sachlage wurde der Hauptgrund, der für die Regierungserweiterung angeführt wurde, nämlich die Festigung der Regierungsmehrheit, hinfällig, umsomehr, als keineswegs sicher war, daß auch in den anderen Parteien, auf die eine nach rechts erweiterte Regierung zu zählen gezwungen war, der Regierung in jedem Fall und gerade bei den wichtigsten Entscheidungen restlos alle Stimmen zufallen würden, zumal von den Deutschnationalen Männer, die gegen die Dawes-Gesetze gestimmt hatten, in die Regierung hinein müßten, wenn das Kabinett tragfähig sein sollte. Unter diesen Umständen brach sich immer stärker und immer allgemeiner die Erkenntnis Bahn, daß die Bildung einer sicheren Regierungsmehrheit im Reichstage nicht möglich war und daß alles weitere Bemühen der Reichsregierung, eine Reichstagsmehrheit zu schaffen, innen- und außenpolitisch unerträglich würde. Deshalb habe sich im Reichskabinett die Überzeugung von der Notwendigkeit der Auflösung durchgesetzt.

Der Reichskanzler schließt, indem er die Überzeugung ausspricht, daß jede Partei sich bei den Auseinandersetzungen über die Regierungsumbildung von vaterländischen Gesichtspunkten hat leiten lassen, und es sei weniger Schuld der Parteien, daß im Reichstag keine regierungsfähige Mehrheit zustande komme, als Schuld des deutschen Volkes, das durch seine Parteizerklüftung am 4. Mai d. J. im Reichstag Zustände geschaffen habe, die ein ersprießliches Arbeiten unmöglich machten. In den Händen des deutschen Volkes liege nun wieder Deutschlands Schicksal, und von seiner Entscheidung werde es abhängen, ob die Politik der Reichsregierung, die Deutschland im letzten Jahr trotz allem vorangebracht hat, in Zukunft gesichert sein werde.

Wer ist schuld?

Um diese Frage werden anscheinend im beginnenden oder vielmehr schon begonnenen Wahlkampf sich die Auseinandersetzungen der streitenden Parteien drehen. Wer ist schuld an der Auflösung? Schon hallt es aus den Parteiblättern wider von heftiger Anklage und die Schuldbezichtigung wird mit großem Kraftaufwand herüber- und hinübergeschnellt.

Deutschnationale und volksparteiliche Stimmen.

Von den diesen beiden Parteien, die wahrscheinlich bei den Wahlen eine geschlossene Front bilden werden, nahestehenden großen Blättern sagt z. B. die Deutsche Allgemeine Zeitung, die Schuld daran, daß jetzt mit schweren Nachteilen verbundene Neuwahlen vorgenommen werden müßten, treffe in erster Linie die Sozialdemokratie. Aber die Verantwortung falle auch auf die Mehrheit der demokratischen Fraktion und den linken Flügel des Zentrums. Die bankerotte Sozialdemokratie habe ihre Kassen etwas aufgefüllt und hoffe sich vor dem Zusammenbruch zu retten. Die Demokraten würden nach der Wahl in einer Droschke Platz haben und Herr Wirth vom linken Zentrum sehne sich nach der Führung einer „großen" Linkspartei. — Der Berliner Lokalanzeiger schreibt, die Verantwortung dafür, daß nun innerhalb eines und desselben Jahres ein zweiter Wahlkampf notwendig geworden ist, hätten einzig und allein die Parteien der Linken zu tragen. Sie, die angeblich auf dem Boden der unverfälschten Demokratie stehen, hätten Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die stärkste Partei des Reichstages von der Beteiligung an den Regierungsgeschäften fernzuhalten. — Die Deutsche Tageszeitung ist der Meinung, die Dinge seien dort angelangt, wohin sie durch die Verhandlungsführung des Reichskanzlers Marx fast naturnotwendig treiben mußten. Für diesen Ausgang, und damit für allen Schaden, der aus ihm erwächst, trügen in erster Linie der Reichskanzler Marx und die Demokraten die Verantwortung.

Von der Linkspresse

läßt die Vossische Zeitung durch den bisherigen demokratischen Reichstagsabgeordneten Anton Erkelenz sagen, wenn dieser Reichstag überhaupt eine Lebensfähigkeit in sich hatte, so wurde selbst dieser Rest getötet, als die Deutsche Volkspartei sich am 29. August auf Gedeih und Verderb mit den Deutschnationalen verbündete. Diesem Bündnis sei es gelungen, der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaft just vor dem Beginn der Erholung einen für die Gesundung zu nächst gefährlichen Wahlkampf zu bescheren. — Das Berliner Tageblatt betont, die Deutsche Volkspartei habe trotz des erfolgreichen Widerstandes des Kabinetts Marx in blindem Eifer eine Krise nach der anderen angezettelt, um ihre Freunde von rechts in die Regierung hineinzubekommen. Wochen und Monate seien durch unwürdige Kulissenschieberei vergeudet worden. — Der Vorwärts schließlich wendet sich gegen die Deutsche Volkspartei mit den Worten: „Sie war es, die frivolerweise die ganze Regierungskrise herbeiführte, indem sie die erpresserische Erklärung abgab, ohne die Deutschnationalen werde sie nicht mehr als Regierungspartei vor den Reichstag treten, sondern ihre Mitglieder aus der Regierung zurückziehen und damit das Kabinett Marx sprengen."

Man sieht, so verschieden der Standpunkt, so verschieden die Beantwortung der Schuldfrage. Es scheint ein Streit auszubrechen, der vielleicht nicht so folgenschwer ist, aber mindestens ebenso verbittert geführt werden wird wie der Kampf um die Kriegsschuldfrage.

*

Was sagt das Ausland?

In England äußert sich von der großen Presse der „Daily Telegraph" dahin, jedem unparteiischen Beobachter sei eine Auflösung als der einzige mit den eigenen Interessen Deutschlands übereinstimmende Weg erschienen. Der neue Reichstag werde sicher lebensfähiger sein. — „Daily News" meinen, die Auflösung beende das an eine Posse grenzende unwürdige Schauspiel, das man in den letzten vier Wochen erlebt habe und durch das das parlamentarische Regierungssystem vollkommen in Mißkredit gebracht worden sei. — „Times" sind der Ansicht, daß die Auflösung des Reichstages das Beste war, was geschehen konnte. Obwohl im Mai gewählt, sei der Reichstag nicht mehr zeitgemäß gewesen. Es werde allgemein geglaubt, daß die Neuwahlen die Parteien der Mäßigung verstärken werden, aber es sei noch zu früh, um das zu beurteilen.

Von der Pariser Presse schreibt der „Matin", Herrn Marx sei nichts anderes übrig geblieben, als Wahlen anzuordnen, und zwar in der kürzesten Zeit, solange die ausgezeichnete Wirkung, die durch den Erfolg der Dawes-Anleihe erzielt wurde, noch lebendig bleibe. — „Echo de Paris" meint, es sei schwer, schon jetzt zu sagen, ob die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum bei den Neuwahlen den Sieg davontragen würden, denn die rechtsstehenden Politiker hätten sich wohl gehütet, den Dawes-Plan zu bekämpfen, sie könnten sich heute ebensogut wie die Linksparteien der Wohltat rühmen, die Deutschland daraus ziehe. — „Quotidien" sagt, man könne nur bedauern, daß die Auflösung des

Deutschen Reichstages ausgesprochen wurde, ohne daß das Kabinett nochmals vor das Parlament getreten ist. Die Wahlschlacht dürfte sich wohl unter erheblich besseren Bedingungen entwickeln. Die Auflösung sei ein Ergebnis der französischen Wahlen vom 11. Mai, die einen großen Teil des deutschen Volkes davon überzeugt hätten, daß es wohl der Mühe wert ist, sich der Reparationspflicht zu unterwerfen, um den Frieden zu erlangen.

Wahlkundgebung der Deutschnationalen

Berlin, 21. Oktober.

Als erste erscheint die Deutschnationale Volkspartei mit einer Kundgebung zu den bevorstehenden Wahlen auf den Plan.

Der Aufruf betont, daß die Deutschnationale Partei nach wie vor monarchisch und völkisch, christlich und sozial bleibe und ihr Ziel die Reinigung des politischen Lebens vom Novembergeist und vom Erfüllungsgeist sei. Unaufschiebbare Aufgaben, die Aufwertung, Beamtengesetzgebung, Neuordnung der Handelsbeziehungen zum Ausland und Schutz der nationalen Wirtschaft mußten in den letzten Wochen zurückstehen. Das neue Parlament werde die Aufgabe haben, einen solchen unfähigen Parlamentarismus zu überwinden. Eine Regierung sei nur möglich ohne die Sozialdemokratie und ein Aufstieg nur im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die Volksgemeinschaft könne nur im Kampf gegen die Auffassung der Sozialdemokratie durchgesetzt werden.

Der Aufruf schließt: „Unsere ruhmreichen Farben bleiben: Schwarz-weiß-rot. Und unser Wille ist fester denn je: Ein Deutschland zu schaffen, frei von Judenherrschaft und Franzosenherrschaft, frei von parlamentaristischem Klüngel und demokratischer Kapitalherrschaft, ein Deutschland, in dem wir und unsere Kinder wieder aufrecht und stolz unsere Pflicht tun wollen.

Die sechste Reichstagsauflösung.

z. Berlin, 21. Oktober.

Die gestern abend erfolgte Auflösung des Deutschen Reichstages ist die sechste seit dem Bestehen des deutschen Reichsparlaments, wobei zu bemerken ist, daß die Auflösung, die wir im Frühjahr dieses Jahres erlebt haben, nicht nach einem Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung erfolgt ist, sondern nur eine Abkürzung der vierjährigen Legislaturperiode bedeutete: man wollte die Neuwahlen vor dem Beginn des Sommers stattfinden lassen und löste deshalb etwas früher auf als es sonst geschehen wäre.

Anders verhielt es sich mit den vier Reichstagsauflösungen, die zur Zeit der Monarchie erfolgten, und die in die Jahre 1878, 1887, 1893 und 1906 fielen. Besonders „berühmt" wurde die Reichstagsauflösung von 1878. Zwei Fanatiker, Hödel und Nobiling, hatten Attentate auf Kaiser Wilhelm I. verübt, und Bismarck, der die Schuld an diesen Attentaten den Sozialdemokraten beimaß, wollte ein Ausnahmegesetz durchbringen, das die Sozialisten für immer kaltstellen sollte. Da er für dieses Gesetz im Reichstag infolge der ablehnenden Haltung der Nationalliberalen, die damals die stärkste Partei waren, keine Mehrheit finden konnte, löste er das Reichsparlament auf. Der neugewählte Reichstag nahm dann nicht nur das Sozialistengesetz (das bekanntlich erst 1890 gefallen ist) an, sondern unterstützte den Kanzler auch bei seiner Schutzzollpolitik.

Den Anlaß zu den Reichstagsauflösungen von 1887 und 1893 boten Militärvorlagen. Im Jahre 1887 brachte die sog. Septennatsvorlage den Stein ins Rollen. Die Regierung forderte eine Verstärkung des Heeres für sieben Jahre, während die Opposition die Wehrvorlage nur für drei Jahre bewilligen wollte. Die Auflösung, deren Ergebnis der sog. Kartellreichstag war, brachte auch in diesem Falle einen Sieg der Regierung. Ähnlich verliefen die Dinge bei der dritten Reichstagsauflösung, die unter Caprivi erfolgte. Auch diesmal wurde vom neuen Reichstag die Militärvorlage der Regierung gutgeheißen, nachdem das Zentrum, das vorher zur Opposition gehört hatte, plötzlich „umgefallen" war.

Die vierte Reichstagsauflösung endlich war eine Folge der von dem damaligen Kolonialdirektor Dernburg vertretenen Kolonialpolitik der Regierung. Es war im Reichstag zu einem scharfen Zusammenprall zwischen dem Kolonialdirektor und dem Zentrum gekommen, und Fürst Bülow, der damalige Reichskanzler, sah in der Auflösung den einzigen Ausweg aus dem Konflikt. Man nannte die Neuwahlen, aus denen die Sozialdemokratie mit einer schweren Niederlage, der „Hauptschuldige" aber, das Zentrum, ungeschwächt hervorging, ironisch „Hottentottenwahlen", und ihre Folge war der sog. „blauschwarze Block", der vom Zentrum im Verein mit den Konservativen gebildet wurde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

50 Millionen Überschuß der Post.

Der Reichstag hatte die Regierung ersucht, eine Übersicht über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben bei der Reichspost seit dem 1. Februar 1924 und eine Denkschrift über die Verwendung der Überschüsse vorzulegen. Diese Denkschrift des Reichspostministers Dr. Hoefle ist jetzt beim Reichstag eingegangen. Seit Beginn des Rechnungsjahres 1924 im April waren Zuschüsse nicht mehr erforderlich. Im April wurde ein Überschuß von 13,7 Millionen erzielt, im Mai ein solcher von 19,3 Millionen. Im Juni betrug der Überschuß 3,5 Millionen, im Juli 4,8 Millionen. Im August endlich wurde ein Überschuß von 8,5 Millionen erzielt. Der Gesamtüberschuß seit Beginn des Rechnungsjahres 1924 beträgt also 49,8 Millionen Mark.

Räumung von Karlsruhe und Mannheim.

Dienstag früh ist der Abzug der im Karlsruher Rheinhafen stationierten französischen Truppen erfolgt, mit Ausnahme eines kleinen Kommandos von 15 Mann, das für die interalliierte Schiffahrtskontrolle zurückbleibt. Der Abzug erfolgte ohne Zwischenfall und ohne viel Aufsehen zu erregen über den Rhein nach der Pfalz. In Mannheim haben die Franzosen ebenfalls Dienstag früh mit dem Abrücken begonnen. Im Laufe des Tages folgten die einzelnen Abteilungen. Die französische Flagge wurde niedergeholt und durch die badische ersetzt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat hat dem Entwurf eines Gesetzes über den Beitritt des Reichs zu dem Madrider Abkommen, betreffend die Unterdrückung falscher Herkunftsangaben auf Waren, zugestimmt. Der Gesetzentwurf wird nunmehr dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Berlin. Der Reichskanzler hat anläßlich der Niederlegung des Amtes des Reichswährungskommissars durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht diesem in einem Schreiben den Dank der Regierung ausgesprochen.

Berlin. Der Parteivorstand der Deutschdemokratischen Partei hat den für November in Breslau vorgesehenen Parteitag mit Rücksicht auf die Wahlen abgesagt.

Cleve. Die östliche Zollgrenze wurde in der Nacht zum Dienstag aufgehoben. Das deutsche Zollpersonal hat den Dienst an den Zollstellen aufgenommen.

Wiesbaden. In Hessen ist Rechtsanwalt Dr. Fritz A. Pagenstecher-Mainz, bisher demokratischer Abgeordneter der Hessischen Volkskammer, Mitglied der Deutschen Volkspartei geworden. — Der frühere großherzoglich-badische Staatsminister Frhr. von Bodman ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten.

Koblenz. Die Bahnhöfe Limburg und Eschhofen sind von der Regie an die Reichsbahnverwaltung zurückgegeben worden.

Amsterdam. Wie „Algemeen Handelsblad" erfährt, ist die deutsche Anleihe hundertfach überzeichnet, so daß nur 1% zugeteilt werden kann.

Preußischer Landtag.

(355. Sitzung.) tt. Berlin, 21. Oktober.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung. Die Haushaltsberatung wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Das Haus nimmt zunächst die wiederholte Abstimmung zu dem Entwurf über den Abbau von Wahlbeamten vor, bei dem sich am Vortage die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergeben hatte, da die Rechte sich der Stimme enthalten hatte. Auch heute enthielten sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei der Stimme. Abgegeben wurden 208 Stimmzettel; das Haus ist wiederum beschlußunfähig, da vier Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen.

Vizepräsident Dr. Porsch setzt sofort eine neue Sitzung an, in der die zweite Beratung der Novelle zum Landeswahlgesetz (Angleichung an das Reeichswahlgesetz) zur Beratung kommt.

Mehrertrag der Reichseinnahmen.

Die Voranschläge überschritten.

Im Entwurf des Reichshaushalts-Etats für 1924 sind die Einnahmen aus der Einkommensteuer auf 1 344 000 000 Goldmark veranschlagt worden. Diese Summe dürfte nach den bisherigen Ergebnissen weit überschritten werden, da nach den amtlichen Feststellungen allein das Halbjahr April-September eine Steuer von etwas mehr als 1 Milliarde erbracht hat. Von dieser Summe entfallen auf die Steuer aus dem Lohnabzug 592,5 Millionen, aus dem Steuerabzug vom Kapitalbetrage 5 Millionen, aus anderem Einkommen 404,7 Millionen. Auch die Umsatzsteuer wird trotz ihrer Ermäßigung vom 1. Oktober ab den Voranschlag übersteigen. Eingenommen wurden im Halbjahr April-September 863 Millionen, der Voranschlag sieht eine Einnahme von 1,2 Milliarden vor. An Zöllen wird eine erhebliche Mehreinnahme zu verzeichnen sein.

Rückgabe der Ruhrpfänder.

Am 28. Oktober.

Paris, 21. Oktober.

Heute erscheint eine amtliche Bekanntmachung der Interalliierten Kommission und des Generals Degoutte, wonach die „Ausbeutung der Ruhrpfänder" gemäß Ausführung des Londoner Protokolls am 28. Oktober vollständig aufhört. Das bedeutet, daß in dieser Stunde sämtliche alliierten Behörden ihren Dienst einstellen. Die deutschen Zoll- und Forstverwaltungen haben bereits ihren regelmäßigen Dienst wieder aufgenommen. Diese Entscheidung ist das Ergebnis der Koblenzer Verhandlungen zwischen den Deutschen und den Alliierten. Das alliierte Schiedsgericht wird die Durchführung der Übergangsbestimmungen überwachen. Bestimmt ist, daß bis Mitternacht des 28. Oktober sämtliche industriellen Anlagen, Zechen, Kokereien usw., die seit dem 11. Januar 1923 von der Besatzungstruppe besetzt waren, ihren Eigentümern zurückgegeben sein müssen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 23. Oktober 1924

☐ **Freier Paketverkehr im besetzten Gebiet.** Nach einer Mitteilung der Oberpostdirektion sind vom 21. Oktober ab für Postpakete vom besetzten Gebiet nach dem gesamten Ausland Ausfuhrbewilligungen des Ein- und Ausfuhramtes in Bad Ems nicht mehr erforderlich.

☐ **Ermäßigung der Gebühren für Auslandstelegramme.** Vom 1. November an wird die Richtzahl für die Errechnung der Auslandstelegrammgebühren, die zurzeit 90 Pfg. beträgt, auf 85 Pfg. herabgesetzt.

—* **Die Kurzschriftschule Stolze-Schrey** hat durch ihre amtliche Vertreterversammlung am 11. Oktober 1924 zu dem Bestreben des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern Schulz, den Juli-Entwurf 1922 als deutsche Einheitskurzschrift zu erklären, einmütig folgende Entschließung angenommen: „Der Juli-Entwurf 1922 hat im Jahre 1922 von Länder-Regierungen, Stenographie-Schulen und stenographischen Sachverständigen eine derartig vernichtende Kritik erfahren, daß der Staatssekretär Schulz nicht wagte, diesen Entwurf zum Einheitssystem zu erklären. Erst nachdem Preußen durch einen Ministerialerlaß vom 7. August 1924 die Kurzschrift Stolze-Schrey in vereinfachter Form als Volkskurzschrift in die Schule einführen wollte, hat der Staatssekretär Schulz, ein völliger Laie auf stenographischem Gebiete, den Juli-Entwurf als deutsche Einheitskurzschrift in überstürzter Weise durchzudrücken versucht. Preußen ist dadurch von seinem Wege, eine wahre Volkskurzschrift einzuführen, abgedrängt worden. Die Regierungssachverständigen für Preußen und die ganze fortschrittliche Stenographenwelt haben, wie 1922, so auch jetzt wieder den Juli-Entwurf abgelehnt. Trotzdem soll jetzt dem deutschen Volke dieses gänzlich unerprobte System aufgezwungen werden. Gegen einen solchen Gebrauch der politischen Macht gegenüber einem Zweig der Geisteswissenschaften erhebt die Schule Stolze-Schrey energischen Einspruch. Sie kann es nicht verantworten, daß die deutsche Jugend mit der Erlernung einer Kurzschrift belastet wird, die unnütze Erschwernisse enthält, die an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt und die in ihrem Aufbau an organischen Mängeln leidet. Mit einem Regierungszwangssystem wird nie die Einheitlichkeit auf stenographischem Gebiet in Deutschland erreicht werden. Der Juli-Entwurf wird nur die Systemzersplitterung vergrößern und den Systemkampf schärfer denn je entfachen. Die aus allen Teilen Deutschlands und der Schweiz versammelten Vertreter der Schule Stolze-Schrey

Der Siebente.

Roman von Elsbeth Borchart.

4) (Nachdruck verboten)

Die Bewirtschaftung des Gutes lag in den bewährten Händen eines im Dienste der Gerolsteiner ergrauten Verwalters, der treu das Seine tat. Aribert erfüllte nur eine Formsache, wenn er ab und zu einen Einblick in das Getriebe tat.

Er hatte also wenig Chancen, sich dieses von Trauer und Leiden erfüllte Herz zu erobern, als einzig durch die Sorge für ihre Kinder.

Und er hatte wahrlich keine Mühe und keinen Aerger gescheut, ihr darin in jeder Hinsicht beizustehen. Die Erziehung der wilden, in der letzten Zeit durch den häufigen Wechsel der Erzieher arg vernachlässigten Knaben erwies sich als immer schwieriger. Um Waltraut zu schonen, vielleicht auch, um sich selbst nicht in Mißkredit zu bringen, unterdrückte er jeden scharfen Tadel, jede Rüge. Denn die Knaben waren ein mächtiger Faktor für sein Wünschen und Hoffen. Waren sie ihm nicht gewogen, konnte er sich auch der Mutter Herz schwer gewinnen. Ein Haupthindernis, jetzt schon mit seiner Werbung hervortreten zu können, war jedoch ihre Krankheit. Wie alle liebenden und verliebten Menschen, war er von der Möglichkeit einer Heilung und Gesundung völlig überzeugt. Wenn er sie nur erst so weit hätte, daß sie sich in Behandlung eines Spezialarztes begab. Heute wollte er noch einmal versuchen, in dieser Hinsicht auf sie einzuwirken. Steter Tropfen höhlt den Stein, und sie gab vielleicht doch nach, wenn durch einen geeigneten Hauslehrer wieder geordnete Zustände im Schloß Platz gegriffen hatten und sie dieser Sorge überhoben war.

Mit solchen Gedanken beschäftigt, bog er jetzt vom Waldwege ab, in die Chaussee ein, die von Gerolstein nach der nächsten Bahnstation führte.

Ein verdeckter Wagen kam von Gerolstein her in langsamem Tempo näher und fuhr an ihm vorüber. Er erkannte einen Gerolsteiner Wagen, und da es keiner von der besten Sorte war, nahm er an, daß einer der Gutsbeamten ihn benutzte.

Ohne sich um den Insassen zu kümmern, ritt er in schlankem Trabe weiter und bog bald darauf in die breite Allee, die von hohen, jetzt noch kahlen Pappeln umsäumt war und durch den Park zum Schlosse führte, ein.

Plötzlich scheute sein Pferd und machte einen so heftigen Seitensprung, daß er Mühe hatte, sich im Sattel zu halten. Aus einem nahen Gebüsch war eine Rotte Knaben hervorgebrochen mit wildem Geschrei, in seltsamem Aufputz und mit allerhand fraglichen Instrumenten bewaffnet; allen voran ein schöner, vornehmer Knabe mit dunkelgelocktem Haar, darauf ein bunter Indianerschmuck prangte.

Er überragte alle, auch die Größten unter seinen Gespielen um Kopfeslänge und bot mit den muskelstarken Gliedern, dem stolz zurückgeworfenen Kopf, den mutig blitzenden Augen ein Bild ungestümer Kraft u. Vornehmheit.

Jetzt schwang er sein Instrument, das jedenfalls den Tomahawk vorstellen sollte, in der Hand und kommandierte ein lautes, kräftiges „Halt!"

Mit einem Ruck standen die teils barfüßigen Jungen vor dem Pferde Graf Ariberts, das sich von dem Schreck noch nicht erholt hatte und unruhig hin und her tänzelte.

„Was soll denn das heißen?" fragte der Graf, mehr überrascht, als ärgerlich. „Kinder, ihr macht mir meinen Fuchs scheu!"

„Herr Graf, Sie sind unser Gefangener — ergeben Sie sich!"

Mutwillig blitzte es in den Augen des kühnen Anführers auf.

„Oho!" rief dieser, „so ohne weiteres tue ich das doch nicht! Zuerst muß ich wissen, was dies alles bedeutet!"

„Wir spielen Indianer — drüben an der Mauer unter den Buchen haben wir unsere Wigwams aufgeschlagen, und kein Feind darf über die Grenze!"

„So — so!" machte Graf Aribert jetzt lächelnd u. auf das Spiel eingehend. „Wenn ich nun aber nicht euer Feind bin?"

„Das wird sich zeigen."

Aribert lachte amüsiert auf, dann machte er ein ernstes Gesicht.

„Nun aber Scherz beiseite, Eberhard — wie kommt es, daß ihr um diese Stunde, die doch für den Unterricht bestimmt ist, Indianer spielt? Habt ihr Erlaubnis dazu, und wo ist euer neuer Hauslehrer?"

Die ganze Bande brach wie auf Kommando in ein prustendes Gelächter aus, so daß der Gaul Ariberts unruhig wurde.

„Eberhard — was soll das nun wieder?" fragte der Graf ärgerlich. „Antworte!" Eberhard verbiß sich ein Lachen.

„Sind Sie nicht vorhin einem Gerolsteiner Wagen begegnet? — Dahin fuhr er auf Nimmerwiedersehen!" sprach er mit drolligem Pathos.

„Wer — er?"

„Der neue Hauslehrer natürlich!"

Als hätte es nur dieses Anstoßes bedurft, so brach die Bande von neuem in ein Kichern und Prusten aus.

„Ruhe!" befahl der Graf mit einer Stimme, die die Luft erschütterte. „Macht augenblicklich, daß ihr fortkommt! — Bande, was habt ihr euch hier im Schloßpark von Gerolstein herumzutreiben?!"

Die Jungen antworteten und rührten sich nicht, sondern sahen verlegen und gespannt auf ihren Junker, der jetzt den Kopf trotzig in den Nacken warf.

„Sie treiben sich nicht herum, ich rief sie her — ich bin der Herr, dem sie zu gehorchen haben!"

„So schicke sie fort — ich habe mit dir allein zu sprechen!"

Es zuckte um die Mundwinkel Eberhards. Dann wandte er sich auf dem Absatz herum.

„Der Herr Graf wünscht, mit mir allein zu sprechen. Also: Kehrt — Marsch — ins Lager! Karl Heinz, du übernimmst während meiner Abwesenheit den Oberbefehl — vorwärts!"

Die Bande zog ab, an der Spitze der kleine, blonde, blauäugige Knabe, der sich in dem von dem Bruder erteiltem Amt sehr wichtig vorkam.

Nun stand Eberhard allein vor seinem zürnenden Vormund und blickte furchtlos, vielleicht mit einer kleinen Beimischung von Spott zu ihm auf.

„Erkläre mir jetzt, Eberhard — wo ist Herr Hartmann, der neue, erst gestern angekommene Hauslehrer?" fragte Aribert streng.

Fortsetzung folgt.

In der Nachkriegszeit wußte sich Basil Zaharoff nicht rasch genug umzustellen: er verlor einen ganz respektablen Teil seines Vermögens, soll aber immerhin noch weit mehr als eine Milliarde deutsche Reichsmark besitzen und dürfte also vor dem Verhungern geschützt sein. Da augenblicklich die Konjunktur für neue Kriege, in denen mit Flintenkugeln geschossen wird, noch nicht besonders günstig ist, lernte Zaharoff auf seine alten Tage um, indem er die Spielhölle von Monte Carlo und die halbe französische Riviera aufkaufte. In dem gesegneten Monaco führt er nun „Krieg gegen alle“: die Kugeln, mit denen er jetzt arbeitet, fliegen und flitzen nicht mehr durch die Luft, sondern rollen über den grünen Tisch, aber es läßt sich auch damit ein schönes Stück Geld verdienen, und die Neuvermählten und ihre Familie — die alte Dame hat ihrem greisen Herzallerliebsten fünf Kinder aus zwei früheren Ehen ins Haus gebracht — dürfen allen kommenden Ereignissen mit einiger Ruhe und Sicherheit entgegensehen. S.

Kleine Nachrichten.

Stresemann über die Wahlaussichten.

Berlin, 21. Oktober. Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing heute einen Zeitungsvertreter, der ihm folgende Fragen vorlegte: „Auf welcher Plattform wird der Wahlkampf ausgefochten werden? Wie wird sich die Reichstagsauflösung außenpolitisch auswirken?“ Dr. Stresemann antwortete darauf, die Idee des Wahlkampfes sei die Schaffung einer tragfähigen Mehrheit zur Weiterführung der gegenwärtigen Regierungspolitik. Dazu könne weder ein Links-, noch ein Rechtsblock dienen. Die Erweiterung der Regierung nach rechts sei etwas anderes als ein Rechtsblock. Eine verstärkte Mitte müsse angestrebt werden und Bekenntnis der Parteien zur Politik der Mitte. Über den Eindruck im Ausland äußerte sich Dr. Stresemann zurückhaltend. Er erwarte eine Schwächung der Völkischen und der Kommunisten.

Zur Auflösung des Preußischen Landtages.

Berlin, 21. Oktober. Die Auflösung des Preußischen Landtages wird in der Weise vollzogen, daß der Landtag selbst eine entsprechende Gesetzesvorlage annimmt, die das Staatsministerium lediglich zu verkünden hat.

Kundgebung der volksparteilichen Fraktionsführer.

Berlin, 21. Oktober. Die Verhandlungsführer der Deutschen Volkspartei im Reichstage geben zur Auflösung des Reichstages eine Erklärung ab, in der es heißt: „Parlamentarische Kurzsichtigkeit, Parteidoktrinarismus sowie Einflüsse linksradikaler und internationaler Kräfte haben eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Diese Kräfte, die letzten Endes die Reichstagsauflösung verschuldet haben, gilt es im Wahlkampfe beiseite zu schieben, um das unverrückbare feststehende Ziel der Deutschen Volkspartei, innere Festigung zur Fortführung bewährter Außenpolitik im kommenden Reichstage zu erreichen.“

Alle Ausweisungen bis auf fünfundzwanzig zurückgenommen.

Berlin, 21. Oktober. Nach Mitteilung von zuständiger Stelle sind augenblicklich insgesamt 25 Ausweisungen von der Rheinlandkommission noch nicht zurückgenommen worden. Zwanzig davon entfallen auf die französische Zone, fünf auf die belgische Zone. Über die Aufhebung dieser Ausweisungen wird augenblicklich noch verhandelt. Alle übrigen Ausweisungen sind zurückgenommen worden.

Ein- und Ausfuhr von Kohlen.

Berlin, 21. Oktober. Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Kohle für das besetzte Gebiet werden von heute ab ausschließlich vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Berlin W. 62, Wichmannstraße 19, erteilt. Die von den Ein- und Ausfuhrämtern des besetzten Gebiets bisher erteilten Ein- und Ausfuhrbewilligungen verlieren am 31. Oktober d. J., 12 Uhr nachts, ihre Gültigkeit.

Vom D-Zug überfahren.

Siegen, 21. Oktober. Heute früh wurde auf einem Landstraßenübergang an der Strecke Siegen—Hagen ein Lastauto von einem D-Zug überfahren und zertrümmert. Der Wagenführer war sofort tot, zwei Begleiter sind lebensgefährlich verletzt.

Die Wahlen in Bayern.

München, 21. Oktober. Aller Voraussicht nach werden auch in Bayern die Landtagswahlen mit anderen politischen Wahlen verbunden. Für Mitte Dezember waren ursprünglich die bayerischen Gemeindewahlen in Aussicht genommen. Es darf angenommen werden, daß sie nunmehr mit den Reichstagswahlen am 7. Dezember zusammengelegt werden.

Vermischtes.

= **Menschenschmuggel an der kanadischen Grenze.** Die strengen Prohibitivgesetze der Vereinigten Staaten haben, wie bekannt, das Schmugglerwesen trotz aller damit verbundenen Gefahren zu hoher Blüte gebracht. Es hat sich ein modernes Piratentum entwickelt, zu dessen Bekämpfung das Bundesschatzamt nicht weniger als 300 gut ausgerüstete und bemannte Patrouillenboote benötigt. Einen ähnlichen Umfang hat der Menschenschmuggel an der kanadischen Grenze angenommen. Wie aus Ottawa gemeldet wird, sollen wöchentlich gegen 300 Fremde über die Grenze geschmuggelt werden. Dieses recht einträgliche Geschäft hat eine Gesetzlosigkeit im Grenzgebiet erzeugt, wie sie seit Menschengedenken nicht mehr beobachtet wurde.

= **Mörder als Künstler.** In Amerika haben die Kriminalisten sich in letzter Zeit mit der Frage beschäftigt, ob nicht die Erziehung zur Kunst besonders geeignet sei, um aus Verbrechern nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu machen. Die Kriminalwissenschaft scheint die Frage zu bejahen, und eine Reihe bekannter Künstler und Künstlerinnen hat sich in den Dienst für diese Sache gestellt. Man geht aus von der Überzeugung, daß die starken produktiven Kräfte, die in dem Verbrecher liegen, entweder irregeleitet sind oder völlig brachliegen. Es sei daher notwendig, die starken Impulse, die gerade in dem Verbrecher vorhanden sind, auf das Gebiet seiner speziellen Fähigkeiten überzuleiten und auf diesem Gebiete auszubilden. Die ersten Versuche in dieser Richtung wurden in dem Staatsgefängnis in Connecticut gemacht. Die bisherigen Erfahrungen waren durchaus günstig, und die Vereinigung, die sich die Erziehung der Verbrecher zu Künstlern zur Aufgabe gemacht hat, entwickelt sich bisher, dank tatkräftiger Mitwirkung ihrer Zöglinge, recht günstig.

Welt und Wissen.

w **Funde von der Stefansson-Expedition.** Von der Besatzung des auf der Fahrt nach der Insel Wrangel befindlichen amerikanischen Schoners „Herrmann“ wurden auf der Insel Herald, auf der er, wie gemeldet, die amerikanische Flagge hißte, menschliche Gebeine und Überreste von Feldeinrichtungen aufgefunden. Man bringt diese Überreste mit der Stefansson-Expedition von 4 Personen in Verbindung, die im Jahre 1914 in dieser Gegend spurlos verschwunden sind. Die Heraldinsel liegt 38 Meilen östlich von der Insel Wrangel. Stefansson hatte Ende 1913 mit drei Schiffen im Auftrage der kanadischen Regierung seine dritte Expedition in die Arktis angetreten. Das Führerschiff „Karluk“ fror schon in den ersten Tagen an der Nordküste Kanadas ein. Stefansson ging mit wenigen Begleitern über das Eis an Land, um die Vorräte zu ergänzen. Als er zurückkehrte, war die „Karluk“ verschwunden. Stefansson trat dann ohne Lebensmittel seinen kühnen Marsch über das Treibeis an und erfuhr erst im nächsten Jahre, als er wohlbehalten auf den Banklandinseln landete, das Schicksal der „Karluk“. Ein Sturm hatte das Eis in Bewegung gesetzt und die westliche Drift brachte das Schiff in mehreren Monaten in die Nähe der Wrangelinsel. Dort war Kapitän Bartlett mit einem Eskimo 160 Kilometer über das Eis nach Sibirien gegangen, um Hilfe zu holen. Nur ein Teil der Besatzung konnte später gerettet werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Aburteilung einer Raubmörderin.** Vor dem Schwurgericht I zu Berlin hatte sich die 38jährige Franziska Chmielowski wegen Raubmordes zu verantworten. Die Händlerin Bock hatte in der Fürstenstraße ein Porzellangeschäft. Hier wohnte sie mit ihrem Liebhaber, dem Schlächter Sadetzki. Am 20. August 1923 wurde Frau Bock von ihrer Mieterin im Laden überfallen und gewürgt. Nachdem Frau Bock erwürgt war, raffte die Angeklagte Schmucksachen und Geld zusammen und versteckte alles im Herd. Sie bestritt vor Gericht, daß sie einen Raubmord geplant hatte. Der Staatsanwalt nahm nur Totschlag mit nachfolgendem Diebstahl an und beantragte gegen die Angeklagte 6½ Jahr Zuchthaus. Das Gericht billigte nach längerer Beratung der Angeklagten mildernde Umstände zu und verurteilte sie wegen Totschlags und Diebstahls zu sechs Jahren Gefängnis.

§ **Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung.** Das Amtsgericht Hamburg hat den Chauffeur Kirschstein, der Anfang August den deutschen Meister im Einerrudern Schoppmann überfahren und getötet hat, zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Kirschstein hatte sich um sein Opfer überhaupt nicht gekümmert, sondern mußte erst polizeilich ermittelt werden.

Arbeiter und Angestellte.

Halle (Streik der Gemeindearbeiter in Halle.) Nach dem Scheitern der Lohnverhandlungen sind die städtischen Arbeiter in den Gaswerken, dem Wasserwerk, dem Stadttheater, auf den Friedhöfen und bei den Hoch- und Tiefbaubetrieben in den Ausstand getreten. Man rechnet damit, daß diejenigen der Elektrizitätswerke ihrem Beispiel folgen.

Magdeburg. (Gemeindearbeiterstreik.) Die Gemeindearbeiter sind in den Streik getreten. Nicht nur in den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken ruht der Betrieb vollkommen, auch das Personal der Krankenhäuser und Friedhöfe hat die Arbeit niedergelegt. Ebenso verweigern die Hilfsarbeiter in den Theatern jede Dienstleistung. Die Theater bleiben infolgedessen geschlossen. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wird die Technische Nothilfe eingesetzt.

Frankfurt a. M. (Aussperrung im Frankfurter Baugewerbe.) Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes im Bezirk Frankfurt haben die Bauarbeiterschaft ausgesperrt, da hier und in Mainz die Arbeitnehmer bei einigen Firmen in den Streik getreten waren. Die Arbeitgeber hatten mit Rücksicht auf ein bis zum 12. November verbindliches Lohnabkommen eine Lohnerhöhung abgelehnt und eine endgültige Entscheidung erst nach ihren Mitgliederversammlungen in Aussicht gestellt.

Börse und Handel.

* **Berliner Börsenbericht vom 21. Oktober.** Die Reichstagsauflösung verstärkte die an der Börse bei den schweren wirtschaftlichen Sorgen schon ohnehin herrschende Mißstimmung. Bei Beginn des Verkehrs zeigte sich daher keine Unternehmungslust, und Abgabeneigung herrschte vor. Man wies darauf hin, daß man bis zum Wahltag im Zeichen der Unsicherheit stehen werde. Das Geschäft blieb äußerst still. Deutsche Anleihen stellten sich meist niedriger, nur 3½ preußische Konsols waren gefragt und behaupteten ihren Kursstand um etwa 1400. Kohlenaktien waren sehr ungleichmäßig veranlagt. Während Bochumer und Gelsenkirchener um etwa 2 Billionen Prozent gedrückt waren, stellten sich Köln-Neuessen um ziemlich 3 Billionen Prozent höher.

* **Die Berliner Devisenbörse vom 21. Oktober** nennt amtlich: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 18,82—18,91; holl. Gulden 164,59—165,41; Danz. 75,16—75,54; franz. Frank 21,81—21,91; belg. 20,05—20,15; schweiz. 80,50 bis 80,90; Italien 18,26—18,36; schwed. Krone 111,37 bis 111,93; dän. 71,74—72,10; norweg. 59,65—59,95.

* **Amtliche Berliner Heu- und Strohnotierungen vom 21. Oktober.** Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh (Quadratballen) 1,30—1,50, drahtgepr. Haferstroh (Quadratballen) 1,20 bis 1,40, drahtgepr. Gerstenstroh (Quadratballen) 1,20—1,40, Roggenlangstroh (mit Stroh gebündelt) und bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh verschieden je nach Frachtlage, Häcksel 1,75—1,95, handelsübl. Heu, gesund und trocken, nicht über 30 % Besatz mit minderwertigen Gräsern, 2,20—2,40, gutes Heu, desgl. nicht über 10 % Besatz, 3,10—3,30, Mietheu, lose, 1,60—1,80, Kleeheu, lose, 4—4,50. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen, frei Waggon, für 50 Kilogramm in Goldmark.

* **Berliner Butterpreise.** Die Berliner Butternotierungskommission notierte am 21. Oktober für ein Pfund Butter: 1. Qualität 2,03, 2. Qualität 1,83, abfallende 1,48 Goldmark, wobei Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers gehen. Tendenz stetig.

* **Steigende Getreidepreise in der Tschechoslowakei.** Die Getreidepreise in der Tschechoslowakei stiegen im September durchschnittlich um mehr als 8 %, das Mehl wurde um 7 % teurer. Die Erhöhung auf dem Getreidemarkt betrug im September gegenüber August 2 %, gegenüber September des vorigen Jahres 10,8 %.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	21. 10.	20. 10.		21. 10.	20. 10.
Weiz., märk.	218-223	222-228	Weizkl. f. Brl.	13,5	13,6
mitteld.	—	—	Roggkl. f. Brl.	12,8-13	13-13,2
Rogg., märk.	212-218	222-227	Raps	390-400	390-400
pommerscher	—	—	Leinsaat	400-410	400-410
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	34-38	34-38
Futtergerste	215-230	215-230	kl. Speiseerbs.	24 26	25-27
Braugerste	240-270	240-270	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	182-190	186-193	Peluschken	17-19	17-19
pommerscher	—	176-184	Ackerbohnen	20-22	20-22
westpreuß.	—	—	Wicken	18-20	19-20
Weizenmehl			Lupin., blaue	14-15	14-15
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	16-19	16-19
Bln. br. inkl.			Serabella	14,5-16	14,5-16
Sack (feinst.			Rapskuchen	16	16,2
Mrk. ü. Not.)	31-34,2	32-35,2	Leinkuchen	—	25,2

Schriftleitung: Wilh. Bull jr., Halver i. Westf.

Stelle sofort oder in 14 Tagen
eine größere Anzahl
Arbeiterinnen u. Jugendliche
für dauernde und gutbezahlte Arbeit ein
Hugo Wermeckes,
elektrotechnische Fabrik,
Schalksmühle i. Westf.

Freiwilliger Verkauf.
Samstag, d. 25. d. M. nachm. 4 Uhr bei Herrn Krefting, Dommelnheide sollen
1 Herd, 1 Bett, Bettstelle, Tische, Stühle, Schränke, Haus- und Küchengeräte,
gegen Barzahlung öffentlich meistbietend versteigert werden.
Kamscheid b. Halver
Rich. Höngen,
vereid. Auktionator

Wohnungstausch!
Eine 3 Zimmerwohnung in Oberbrügge wird gegen eine solche in Dahlerbrück oder Nähe zu tauschen gesucht.
Nachrichten erbeten unter Nr. 89 an die Geschäftsst. dieser Zeitung in Halver.

Kontoristin
welche perfekt Maschine schreibt und nachweislich flott nach Diktat stenographiert, für
sofort gesucht.
Angebote von Anfängerinnen sind vollkommen zwecklos.
Kunstanstalt
Kettling & Krüger
Schalksmühle i. Westf.

Bäuerl. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Halver.
Bestellungen von
Thomasmehl und Kainit
für November-Dezember, sowie von
Torfmull und Runkelrüben
werden bis 27. ds. M. entgegengenommen

Bekanntmachung.

Der Fabrikarbeiter **Gustav Steiner zu Helle** beabsichtigt, auf dem außerhalb einer im Zusammenhang gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Lüdenscheid-Land belegenen Grundstück Flur 63 Nr. 739/146 bei Gottmecke ein **Wohnhaus zu errichten** und hat hierzu die Ansiedlungsgenehmigung beantragt.

Dieses wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß gegen den Antrag von den Eigentümern, Nutzungs- und Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen nach Ausgabe dieses Blattes bei dem Kreisausschuß in Altena Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich durch Tatsachen begründen läßt, die die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedelung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- und Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder der Fischerei gefährden werde.

Die zu dem Antrage eingereichten Zeichnungen liegen während der Einspruchsfrist zur Einsicht im Amtshause in Lüdenscheid — Zimmer 6 — aus.

Brügge, den 17. Oktober 1924.

Der Gemeindevorsteher: Eichhoff.

Bekanntmachung.

Alle in den Gemeinden Lüdenscheid-Land und Hülscheid wohnhaften früheren deutschen Reichsangehörigen, **welche die polnische Staatsangehörigkeit durch Option**, insbesondere nach der Optionsordnung vom 3. Dez. 1921 erworben haben, werden hiermit aufgefordert, sich **zur Vermeidung von Weiterungen sofort** spätestens aber bis zum **27. Okt. 1924** auf dem Meldeamt des Amtes Lüdenscheid zu melden.

Lüdenscheid, den 21. Okt. 1924

Der Amtmann.

Jugendfeier.
im Saale der freien ev. Gemeinde Halver
am Sonntag, den 26. Oktober, nachm. 3 Uhr
Ansprachen auswärtiger Redner, Gesangchöre sowie ein Damenmusikchor wirken mit. Kaffee ohne Gebäck. Jedermann ist herzl. eingeladen

Preisausschreiben.
RENEGIE-DREH-STI-SEDLOG-ERWT
Für die richtige Lösung obigen Sprichwortes haben wir nachstehende Preise ausgesetzt:
1. Preis:
1 Wohnungseinrichtung
bestehend aus:
ein Esszimmer o. Herrenzimmer u. ein Schlafzimmer, sowie 1 Küche
2. Preis: Ein Klavier
3. „ Eine Wäscheaussteuer
4. „ Eine Nähmaschine
5. „ Ein Damen- o. Herrenfahrrad
6. „ Eine Geige
7. „ Eine Mandoline
8.-27. „ 20 photogr. Klappkameras 9:12 mit Prima Doppelobjektiv
28.-100. „ 73 Prima Taschenuhren
101.-250. „ 150 Füllfederhalter mit echt 14 kar. Goldfeder
sowie eine grosse Anzahl div. Trostpreise
Gewinner eines obengenannten Preises ist Jeder der uns die richtige Lösung einsendet.
Die Verteilung geschieht unter Aufsicht eines hiesigen Notars, an der jeder Löser teilnimmt. Die Einsendung muss sofort erfolgen und **verpflichtet Sie zu nichts.** Für Rückporto, Drucksachen, Schreiblohn usw. sind der Lösung Gebühren beizufügen. Briefporto 10 Pfg.
Schreiben Sie sofort an
Iduna Versand Fr. Knipping, Braunschweig
Nr. 1797.
Die Empfänger der Preise aus unserem letzten Preisausschreiben finden Sie auf dem Ihnen nach Einsendung der Lösung zugeh. Schreiben vermerkt

Gebrauche
Ata – und im Haus sieht's stets bei Dir wie Sonntag aus. – Mit
Ata
kannst Du alle Sachen blitzblank u. appetitlich machen.

Neuenhaus
bei Kierspe
Zu der am Sonntag, 26. Okt. 1924 im Lokale des Herrn Otto Neuhaus abends 6 Uhr beginnenden
Nachfeier
ladet ergebenst ein.
Fritz Kattwinkel,
Tanzlehrer.

Habe noch
Speisekartoffel
abzugeben.
Liefere frei Haus.
Rudolf Winkler,
Halver.

Geübte
Arbeiterinnen
für Exzenterpressen, Handpressen u. Montierarbeiten sowie jüngeren
Arbeiter
und einen jungen
Automatensteller
stellt ein
J. D. vom Brocke
Bollwerk.

Mädchen u. Knaben
gesucht, desgl. ein zuverlässiger Mann als
Packer und Lagerist
für meine elektrische Fabrik
Casp. Arn. Winkhaus,
Carthausen.


Habe einen Wurf
kleine Schweine
abzugeben.
C. H. Clever,
Ehringhausen.